

Lohndiebe stoppen!

Aufruf zur Tarifdemo am 1. März in Düsseldorf

Mit starken Bildern und viel Fantasie hat die GdP in der vergangenen Tarifrunde massiven Druck auf die Landesregierung ausgeübt. Mit Erfolg: Mit dem im März 2009 erzielten Tarifabschluss haben Polizisten, Lehrer und Krankenschwestern erstmals wieder Anschluss an die Tarifentwicklung in den anderen Branchen gefunden. Auch bei den jetzt laufenden Tarifverhandlungen für 2011 meldet sich die GdP unüberhörbar zu Wort: Unter dem Motto „Lohndiebe stoppen“ geht sie gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am 1. März in Düsseldorf auf die Straße. Aufgerufen zur Demonstration sind nicht nur die Tarifbeschäftigten, sondern auch die Beamten.

Dass sich bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach vielen Jahren mit einem massiven Einkommensverlust ein enormer Nachholbedarf aufgebaut hat, weiß auch die Politik. Trotzdem gleichen sich die Rituale der öffentlichen Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen mit den Ländern jedes Jahr aufs Neue. Immer wieder verweisen die Verhandlungsführer der Länder, allen voran Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), auf die angeblich leeren Kassen und darauf, dass die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vermeintlich sicher sind, um dann ein Tarifangebot auf den Tisch zu legen, das sogar unterhalb der Inflationsrate liegt. Auf Deutsch: Die Länder wollen durchsetzen, dass die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Beamten den Gürtel erneut enger schnallen müssen. Denn schließlich muss ja irgendeiner für die massiven Löcher aufkommen, die die Finanz- und Bankenkrise bis heute bei Bund, Ländern und Kommunen reißt.

Auch bei den am 4. Februar begonnenen Verhandlungen für die bundesweit 700 000 Beschäftigten der Länder ist das nicht anders. Erst haben die Länder überhaupt kein Angebot auf den Tisch gelegt, dann ließen sie über Interviews verlauten, für sie sei allenfalls eine Tarifierhöhung von einem Prozent denkbar – also deutlich unterhalb der Inflationsrate von 2,5 Prozent. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hat das Vorgehen der Länder scharf kritisiert. „Andere Branchen haben längst erkannt, dass die Zeit der Lohndrückerei vorbei ist. Schließlich konkurrieren in Zukunft alle Branchen untereinander um die kleiner werdende Zahl qualifizierter Schulabgänger. Wer dabei nicht mithalten kann, weil er sein Glück in blinder Lohndrückerei sucht, muss bei Neueinstellungen diejenigen nehmen, die als Letzte auf dem Arbeitsmarkt übrig bleiben“, warnt

Richter. „Für den öffentlichen Dienst hätte das fatale Folgen, nicht nur für die Polizei, sondern auch in den Schulen und

Hochschulen, bei der Justizverwaltung und in den Finanzämtern.“ Richter mahnt deshalb die Landesregierung zur Ver-



Mit starken Bildern will sich die GdP auch in diesem Jahr im Tarifkonflikt zu Wort melden.

Starke Bilder

In Tarifaueinandersetzungen kommt es nicht nur auf die Argumente an, sondern vor allem auf Bilder. Auf Bilder mit großer Durchschlagskraft. Auf Bilder, die sich festbrennen im öffent-



lichen Bewusstsein – auch in den Augen des politischen Gegners.

In der letzten Tarifaueinandersetzung im Frühjahr 2009 war das der Zug tausender uniformierter Polizisten, die gemeinsam mit den Tarifbeschäftigten Sturm und Regen getrotzt haben, um ihre Wut bis vor die Staatskanzlei zu tragen. Ein Bild, das sich im Gedächtnis festgebrannt hat. Auch bei denen, die uns hinter den sicheren Glasscheiben der Staatskanzlei zusehen haben. Und es war der Karnevalswagen, den die GdP für die Tarifiedemo in Düsseldorf organisiert hat. Über ihn haben die Arbeitgeber selbst bei den Verhandlungen im fernen Potsdam noch gesprochen.

Auch 2011 brauchen wir starke Bilder. Wir brauchen Bilder, um unseren Forderungen öffentliches Gehör zu verschaffen. Deshalb brauchen wir auch 2011 den Schulterchluss zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten. Denn Polizeibeamte können für ihre Forderungen nicht streiken, aber sie können für ihre Meinung auf die Straße gehen. Auch in Uniform. Denn das ist ein starkes Signal, das die Politik versteht. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele an der Demonstration am 1. März beteiligen. Deshalb ist es wichtig, dass sich keiner wegduckt, nur weil ihm die Forderung der Gewerkschaften nicht weit genug geht. Denn öffentlicher Druck ist das einzige Signal, das Politiker verstehen.

Und wir brauchen Bilder, die sich in den Köpfen der Anderen festbrennen. Fantasiervolle Transparente und Schilder, mit denen wir ein deutliches Zeichen setzen: „Stopp! Mehr geht nicht! Der öffentliche Dienst lässt sich nicht auspressen!“

Frank Richter

Fortsetzung von Seite 1

nunft. Von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) erwartet der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende, dass NRW sein politisches Gewicht auf der Bundesebene dafür nutzt, dass die Länder spätestens in der am 9. März beginnenden dritten Verhandlungsrunde ein akzeptables Tarifangebot auf den Tisch legen.

„Die Forderung der Gewerkschaften nach einem Sockelbetrag von 50 Euro für alle Beschäftigten sowie einer weiteren prozentualen Erhöhung der Einkommen um drei Prozent liegt ohnehin am unteren Rand der Forderungen für andere Branchen, über deren Einkommen zurzeit verhandelt wird. Sie zeigt, dass die Gewerkschaften die schwierige Situation der Länder kennen. Die Länder dürften dieses Signal jetzt nicht dazu missbrauchen, um einen Tarifabschluss durchzusetzen, der nochmals deutlich unter der Forderung der Gewerkschaften liegt“, warnt Richter die Länder vor überzogenen Erwartungen. „Wer das versucht, verkennt die politische Realität. Schließlich haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den vergangenen zehn Jahren bereits einen erheblichen Beitrag zur Sanierung der Länder erbracht. Deshalb haben sie jetzt auch einen Anspruch darauf, von den wieder steigenden Steuereinnahmen zu profitieren.“

Das gilt auch für die Beamten. Von Ministerpräsidentin Kraft erwartet Richter deshalb, dass sie noch vor dem Beginn der dritten Verhandlungsrunde am 9. März eine öffentliche Erklärung abgibt, dass der Tarifabschluss in NRW zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen wird.

Bestätigt sieht sich die GdP in ihrer Forderung nach einer deutlichen Tarifierhöhung auch durch die wirtschaftliche Entwicklung. Anfang Februar hatte Fabian Lindner, Referent des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie (IMK), auf dem Hotline-Seminar der GdP in Grefrath noch einmal im Detail begründet, warum eine deutliche Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst auch ökonomisch vernünftig ist. In Deutschland, so Lindner, sei in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der Erwerbseinkommen am Bruttosozialprodukt kontinuierlich zurückgegangen. Dies habe zwar der Wirtschaft Exportvorteile beschert, aber die geringen Tarifabschlüsse hätten zugleich zu einer massiven Schwächung der Binnennachfrage geführt. Zudem kritisierte der Wirtschaftswissenschaftler den massiven Personalabbau bei Bund,

Ländern und Gemeinden. Allein die Länder haben in den vergangenen 15 Jahren mehr als 20 Prozent ihrer Stellen abgebaut. Beim Anteil des öffentlichen Dienstes an den Beschäftigten belegt Deutschland im internationalen Vergleich längst einen der untersten Ränge. Weit abgeschlagen nicht nur von den skandinavischen Ländern, sondern zum Beispiel auch von Großbritannien und den USA. Selbst Mexiko leistet sich inzwischen mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Mit weitreichenden Folgen – nicht nur bei der Polizei. Das vermeintliche Argument der Länder, ein höherer Tarifabschluss würde unweigerlich zu einem weiteren Personalabbau führen, erweist sich deshalb bei näherem Hinsehen als Luftblase. Noch weniger Personal im öffentlichen Dienst geht schlichtweg nicht.

Und auch der Hinweis auf die leeren öffentlichen Kassen zieht nicht. Auf mehr als 50 Milliarden Euro beziffern Wirtschaftsexperten die Steuerausfälle, die dem Staat allein im laufenden Jahr durch Steuersenkungen entstehen. Mehr als 20 Milliarden Euro Mindereinnahmen entfallen auf die Länder. „Geld für eine Tarifierhöhung ist also da“, betonte Tarifvorstand Brigitte Herrschaft deshalb auf dem Hotline-Seminar. „Ob wir es auch bekommen, hängt deshalb vor allem davon ab, dass möglichst viele von uns, Beamte und Tarifbeschäftigte, dafür auf die Straße gehen, denn beide profitieren vom Tarifabschluss“. Für die Demonstration am 1. März hat die GdP deshalb nicht nur die Tarifbeschäftigten, sondern auch die Polizeibeamten aufgerufen.

TARIFRUNDE 2011 

Lohndiebe stoppen!

Wir sind nicht die Sparschweine der Länder! Deshalb zahlen wir nicht für die Krise der Banken. Sondern wir fordern die gleiche Tarifierhöhung wie in den anderen Branchen!



Wir fordern:

- 50 Euro mehr für alle Beschäftigten
- weitere 3 Prozent auf der Basis des neuen Sockelgehalts
- eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten

Demonstration 1. März 2011 Düsseldorf

Mehr Infos: GdP Landesbezirk NRW, Abteilung Tarifpolitik, Bernd Kohl, Tel. 0211/29 101 35



GdP will Rechtsklarheit bei den Bereitschaftszeiten

Nach dem Castor-Transport im November vergangenen Jahres hatte Innenminister Ralf Jäger (SPD) auf Drängen der GdP für die Einsatzkräfte aus NRW die gesamte Zeit von der Abfahrt zum Einsatzort bis zur Rückkehr nach NRW als Arbeitszeit anerkannt. Bei anderen Großeinsätzen wurden auch in NRW die Bereitschaftszeiten, in denen die Einsatzhundertschaften vor Ort sind, ohne aktiv tätig zu werden, nur zum Teil als Arbeitszeit vergütet. Für die GdP ist das völlig inakzeptabel. Sie hat den Innenminister deshalb aufgefordert, verbindlich zu erklären, wie er auf das Grundsatzurteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg reagieren will, nach dem Bereitschaftszeiten bei heimatfernen Großeinsätzen zur Arbeitszeit zählen.

Geklagt hatte in dem von der GdP unterstützten Musterverfahren ein niedersächsischer Polizeibeamter, dem während des Castor-Transportes 2005 für 32 Stunden Bereitschaftsdienst lediglich acht Stunden als Freizeitausgleich gewährt worden waren. Das OVG Lüneburg hatte diese Praxis für rechtswidrig erklärt. Für den Bereitschaftsdienst sei in vollem Umfang Freizeitausgleich zu gewähren. In der Begründung hatte das OVG Lüneburg erklärt: „Es ist (...) unzulässig, die geleisteten Bereitschaftsdienste hinsichtlich des Freizeitausgleiches anders als Volldienst zu behandeln, wenn der Bereitschaftsdienst in Form persönlicher Anwesenheit am Arbeitsplatz geleistet wird und der Beamte jederzeit während des Bereitschaftsdienstes dem Dienstherrn zur Verfügung stehen muss, um sofort seine Leistung erbringen zu können. Der zeitliche Umfang der Dienstbefreiung muss dem zeitlichen Umfang der geleisteten Mehrarbeit entsprechen. Eine lediglich anteilige Berücksichtigung der Bereitschaftszeit (...) ist rechtswidrig“.

GdP-Landesvize Adi Plickert, selbst lange Zeit Leiter einer Einsatzhundertschaft, sieht in der Gerichtsentscheidung eine Bestätigung der GdP-Position. „Wir haben es schon immer für rechtswidrig gehalten, dass Kolleginnen und Kollegen verpflichtet wurden, bei Großeinsätzen ihre Unterkünfte nicht zu verlassen und eine ständige Einsatzbereitschaft herzustellen, während das Innenministerium bei der Vergütung so tut, als ob die Kollegen dort ihre Freizeit verbringen würden.“

Ob das Land Niedersachsen gegen die Entscheidung des OVG Lüneburg in Berufung gehen wird, stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.



Kraft erneuert Bekenntnis zum Erhalt der Küchen und Werkstätten

Anfang Februar hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in einem Interview mit dem „Spiegel“ ihr Versprechen erneuert, die von Schwarz/Gelb betriebene Privatisierung der Küchen und der Kfz-Werkstätten bei der Polizei zu stoppen. Kraft will dadurch 1,2 Millionen Euro sparen, die sonst auf den Steuerzahler zugekommen wären. Bereits zuvor hatte Innenminister Ralf Jäger (SPD) in einem Erlass entschieden, dass die noch in der öffentlichen Hand verbliebenen Polizeiküchen in Selm, Brühl und Schloss Holte-Stukenbrock von der Polizei in eigener Regie weiter betrieben werden. Dem Erlass waren Gespräche des Ministeriums mit dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats der Polizei, Adi Plickert, vorausgegangen, der noch einmal die Einlösung der langjährigen GdP-Forderung nach Erhalt der Werkstätten und der Küchen angemahnt hatte.

Die GdP geht davon aus, dass jetzt auch alle befristeten Arbeitsverträge in

den Küchen und Kfz-Werkstätten in unbefristete überführt werden. „Das ist erforderlich, um die Arbeitsfähigkeit der Küchen und der Werkstätten zu erhalten“, betonte die stellvertretende GdP-Vorsitzende Brigitte Herrschaft. Zudem habe die Landesregierung den Beschäftigten gegenüber eine soziale Verpflichtung. „Schließlich stehen die Beschäftigten dort nicht gerade an der Spitze der Einkommensbezieher“. Im „Spiegel“ hatte Kraft dazu erklärt, dass auch die von ihr geführte Landesregierung wegen der Haushaltslage versuchen müsse, mit weniger Personal auszukommen, aber die Zitrone sei bereits ausgequetscht, Personalkürzungen nach der Rasenmähermethode machten deshalb keinen Sinn. Kraft fügte hinzu: „Wir haben im Land etwa 300 000 Beschäftigte, die Meisten davon sind Lehrer, Polizisten, Justiz- und Hochschulbeschäftigte. In diesen vier Bereichen können und dürfen wir nicht kürzen.“

GdP will starke JAV

Damit alle Ausbildungsjahrgänge vertreten sind, wird die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) bei der Polizei alle zwei Jahre neu gewählt. Vom 24. bis 26. Mai ist es wieder soweit. Dann wird die Zusammensetzung der JAV in den zehn Ausbildungsbehörden (Aachen, Bonn, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Hagen, Dortmund, Bielefeld, Münster und Gelsenkirchen) neu bestimmt. Wahlberechtigt sind alle Kommissaranwärterinnen und -anwärter sowie alle Beschäftigten, die bei der Polizei eine Berufsausbildung absolvieren. Zudem wird die Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV) im Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW neu gewählt (siehe DP 1/2011).

Dass auch bei der Polizei eine JAV gewählt wird, war lange Zeit nicht selbstverständlich. Die Initiative dazu ist Mitte der achtziger Jahre von der GdP ausgegangen. Seit der ersten JAV-

Wahl 1993 hat sich die GdP deshalb bei jeder Wahl mit einem eigenen Wahlvorschlag beteiligt. Auch schon zu Zeiten, als andere Gruppierungen an einer eigenständigen Interessenvertretung der Auszubildenden kein Interesse hatten.

Für die GdP sind die JAV-Wahlen deshalb kein Instrument für die Mitgliederwerbung, sondern die GdP sieht in der JAV vor allem eine Chance, den Interessen der jungen Berufseinsteiger bei der Polizei eine starke Stimme zu geben. Denn niemand kennt die Probleme, die sich während des Studiums oder der Berufsausbildung ergeben, besser als die Auszubildenden selbst. Auch 2011 stellt die GdP die JAV-Wahlen wieder unter das Motto „Wir für Euch!“. Denn die GdP will erreichen, dass auch in diesem Jahr wieder möglichst viele junge Kolleginnen und Kollegen für die JAV kandidieren, die sich nach der Wahl aktiv für die Interessen der Studierenden und der Auszubildenden einsetzen.

Schon jetzt bietet die GdP den neuen JAV-Gremien ihre aktive Unterstützung an. Denn viele Interessen der Berufseinsteiger bei der Polizei lassen sich nur in einer starken Gemeinschaft durchsetzen – mit Hilfe der GdP und ihrer Mitglieder in den Personalräten. Wie in der Vergangenheit auch. Denn es war die GdP,

- die seit der Einführung des Bachelor-Studiengangs entscheidende Verbesserungen für die Studierenden durchgesetzt,
- die zusammen mit Vertretern der JAV an den einzelnen Ausbildungsstandorten Härtefälle bei Versetzungen gelöst,
- die konkrete Hilfestellung bei Unterbringungsproblemen vor Ort gegeben – und Crashkurse zur Prüfungsvorbereitung organisiert hat.

Mehr Infos: GdP-Landesbezirk NRW, Andreas Nowak, Tel.: 02 11/2 91 01 37.

Erlassreserve verhindert

Auch im letzten Jahr wurde aufgrund der starken Einsatzbelastung das Erlassfrei für die Hundertschaften insgesamt 64-mal gestrichen. Legt man ein Soll von 223 erlassfreien Arbeitstagen zugrunde, bedeutet das, dass in rund 30 Prozent das zugesicherte Erlassfrei gestrichen worden ist. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die von der GdP vorgebrachte Kritik an der fehlenden Planbarkeit der Arbeitszeiten mehr als berechtigt ist.

Die vom Innenministerium ins Gespräch gebrachten Verbesserungsmöglichkeiten in Form einer „Erlassreserve“ (hierbei sollte zunächst den Hundertschaften, die kein Erlass frei haben, das individuelle Dienstfrei gestrichen werden, damit diese Kräfte als Patchwork-Hundertschaft eingesetzt werden können), ist aus Sicht der GdP abzulehnen. „Wir unterstützen alle Überlegungen, die zu einer Verbesserung der Planbarkeit des Erlassfrei führen – die Erlassreserve ist aber kein ernstzunehmender Lösungsbeitrag“, betont der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Adi Plickert, die Situation in den Hundertschaften würde sich dadurch sogar noch weiter verschlechtern“. In mehreren Gesprächen mit dem Inspekteur

Dieter Wehe und dem Einsatzreferenten Bernd Heinen hat sich die GdP stattdessen dafür ausgesprochen, die Streichung des Erlassfrei nach neuen Regeln vorzunehmen. So könnte zum Beispiel in einem Modellversuch erprobt werden, ob das Erlassfrei statt hundertschaftsweise auch zugewise gestrichen werden kann. Dadurch bliebe jeder Hundertschaft zumindest noch ein Rest an Dienstfreimöglichkeiten erhalten. Weiterhin hat die GdP die Verfahrensweisen bei der Unterstützung anderer Länder kritisiert, insbesondere wenn hierzu das Erlassfrei gestrichen werden muss.

Als erste Konsequenz aus den Gesprächen wurden für den Unterstützungseinsatz am 19. Februar in Dresden die nachfolgenden Regelungen vereinbart:

1. Wird das Erlassfrei für einen länderübergreifenden Einsatz gestrichen, verbleiben diese Einsatzkräfte grundsätzlich in NRW und bewältigen die dortigen Einsatzlagen.

2. Von der Streichung des Erlassfrei sind die Angehörigen der betroffenen Einheiten auszunehmen, denen in den letzten vier Wochen an keinem Wochenende dienstfrei gewährt werden konnte.

3. Härtefälle, die aus herausragenden persönlichen Anlässen dienstfrei benötigen, wird dieses auch gewährt.

Adi Plickert: „Wir haben in den Gesprächen mit dem Innenministerium zum Ausdruck gebracht, dass es aus unserer Sicht nicht sein kann, dass andere Länder ihre Bereitschaftspolizei abbauen und NRW-Einheiten fast in jeder zweiten Woche die dortige Einsatzlage unterstützen. Deshalb müssen diese Länder jetzt damit leben, dass sie nicht immer alle Hundertschaften bekommen, die sie aus NRW angefordert haben. Zudem fordert die GdP, dass die Situation der Einsatzhundertschaften grundsätzlich überprüft wird. Adi Plickert: „Wir müssen die Belastungssituation unserer Hundertschaften kritisch im Auge behalten, insbesondere unter dem Aspekt, dass eine personelle Verstärkung kurzfristig nicht möglich ist, weil wir die erhöhten Einstellungszahlen in den Behörden für andere Aufgaben dringend benötigen. Wenn die GdP von der Notwendigkeit dreier zusätzlicher Hundertschaften spricht, ist damit immer verbunden, dass hierfür zusätzliche Einstellungen erforderlich sind.“



GdP aktiv

1. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17.00 Uhr, Restaurant Ortwein, Bökenförder Str. 18, Lippstadt

11. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Euskirchen, 19.00 Uhr, Kurhaus Gemünd, Urfseeestraße, Schleiden

15. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16.00 Uhr, Stadthalle, Pannenklopferstr. 4, Olpe

17. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Wuppertal, 14.00 Uhr, PP Wuppertal, Friedrich-Engels-Allee 228, Wuppertal

21. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Autobahnpolizei Münster, 15.30 Uhr, APW Münster, Hammer Str. 234, Münster

21. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17.00 Uhr, Gaststätte Kaldenhoff, Aktienstr. 140, Essen, Anmeldung: Tel. 02 01/8 29-24 80, E-Mail H.Mueller@gdp-essen.de

22. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16.00 Uhr, Haus Lennestein, Werdohler Str. 15, Altena

24. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Autobahnpolizei/Verkehr Köln, 15.00 Uhr, PP Köln, Forum I, Walter-Pauli-Ring 2 – 4, Köln, Anmeldungen

Bessere Erreichbarkeit durchgesetzt

In den vergangenen Monaten hat es immer wieder massive Beschwerden über die schlechte telefonische Erreichbarkeit, die Nichtbeantwortung von Mails und Briefen und über erhebliche Verzögerung bei der Anpassung von Gehaltszahlungen an die veränderte Lebenssituation von Beamten durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) gegeben. Auch die GdP ist deshalb wiederholt vorstellig geworden. Erst im Herbst vergangenen Jahres hatte sie durch massiven öffentlichen Druck erreicht, dass die Bezüge der Kommissaranwärterinnen und -anwärter nicht erst mit monatelanger Verspätung ausgezahlt werden. Anfang Februar hat Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) in

Gesprächen mit Mitgliedern des DGB-Vorstandes eine grundsätzliche Lösung des Problems zugesagt.

Damit Eingaben in Zukunft zeitnah bearbeitet werden können, soll das LBV personell aufgestockt werden. Vorgesehen sind unter anderem fünf Vollzeitstellen für Juristen in der Sachbearbeitung und zehn zusätzliche Kräfte zur Verstärkung der Telefonzentrale. Zudem hatte das Kabinett zuvor entschieden, dass die für 2011 vorgesehenen Stellenkürzungen beim LBV ausgesetzt werden. Diese Zusagen hat die SPD-Landtagsfraktion Anfang Februar in einem Gespräch mit Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands der GdP (GVS) noch einmal ausdrücklich bestätigt.

bitte bei Koll. Wilden, Tel. 02 21/2 29-64 55

24. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Remscheid, 14.00 Uhr, PI Remscheid, Quimperplatz 1, Remscheid

30. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Unna, 14.30 Uhr, Gaststätte Bürgerhaus, Heerener Str. 194, Kamen

6. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15.00 Uhr, PP Bonn, Königswinterer Str. 500, Bonn, Anmeldung 02 28/15-10 52

13. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 16.30 Uhr, Kreishaus, Kantine, Hauptstr. 92, Schwelm, Anmeldung: 0 23 36/91 66-15 01

Wir sind die GdP



Wer als Polizist Fußballfans wegen des Mitführens von Pyrotechnik kontrolliert, ist oft auf sich allein gestellt, wenn es um die Frage geht, was erlaubt ist und was nicht. Denn eine Tabelle, wie viel Sprengkraft in einem Feuerwerkskörper steckt und wie dessen Besitz gehandelt werden muss, gibt es bislang nicht. Für Silke Bodach, die als Mitglied der Bereitschaftspolizei in Dortmund oft bei Fußballspielen und Demonstrationen eingesetzt ist, ist das ein unhaltbarer Zustand. Gemeinsam mit ihrem Kollegen Christian Dworzecki hat sie

deshalb für die GdP den Flyer „Tatbestände im Zusammenhang mit Pyrotechnik“ entwickelt. Im handlichen Taschenformat wird dort detailliert erklärt, wann pyrotechnische Gegenstände mitgeführt werden dürfen und wann und wie die Polizei gegen deren Besitz einschreiten muss.

„Die Idee zu dem Flyer ist im vergangenen Jahr beim Eishockey-Spiel Dortmund gegen Herne entstanden. Da ist so viel Pyrotechnik abgefeuert worden, wie noch nie“, erinnern sich die beiden GdP-Mitglieder. „Wir haben damals drei verschiedene Kollegen gefragt, was wir tun sollen, und fünf verschiedene Antworten bekommen.“ Eine Erfahrung, die auch viele andere Kolleginnen und Kollegen schon einmal gemacht haben, denn das Sprengstoffgesetz ist kompliziert. Meist wird dort lediglich hin und her auf einzelne Paragraphen verwiesen, statt klare Vorgaben zu benennen. Die Frage, ob es nicht eigentlich Aufgabe des Innenministeriums gewesen wäre, hier für Klarheit zu sorgen, hat sich für Silke Bodach und Christian Dworzecki nicht gestellt. Sie freuen sich eher darüber, dass der Flyer bei den Kollegen so gut angekommen ist.

Den kostenlosen Flyer „Tatbestände im Zusammenhang mit Pyrotechnik“ gibt es bei der Abteilung Mitgliederbetreuung, Tel. 02 11/2 91 01 24, und zum Download auf der Homepage des Landesbezirks unter: www.gdp-nrw.de (Pfad: Infothek/Broschüren).



Schneller Zugriff garantiert

Nichts altert so schnell wie eine Homepage. Auch dann, wenn sie gerade erst frisch renoviert worden ist. Zehn Monate nach dem Start der neuen Homepage der GdP NRW hat die Redaktion deshalb das Informationsangebot auf den einzelnen Seiten weiter ausgebaut. Neu hinzugekommen sind im Februar eine direkte Zugriffsmöglichkeit auf alle News, die für einzelne Arbeitsbereiche der Polizei besonders wichtig sind, von der Kripo bis zum Verkehrsbereich, vom Wach- und Wechseldienst bis zur Bereitschaftspolizei. Neu geordnet wurde auch die Leistungsübersicht, damit die GdP-Mitglieder und alle, die es noch werden wollen, schon auf den ersten Blick sehen, welche Vorteile ihnen die Mitgliedschaft in der GdP bringt. Auch ein Link zur Mitgliederverwaltung steht auf der Leistungsseite online. Viele Änderungen können die Mitglieder über den Menüpunkt selbst

eingeben, vom Umzug bis zum Wechsel der Besoldungsgruppe. Das spart persönliche Anrufe oder den Gang zum Briefkasten. Einzige Voraussetzung für den

Service: Interessierte Mitglieder müssen sich vorher bei der GdP registrieren lassen, um ein Passwort für den Zugang zum Bereich „Mitglieder intern“ zu erhalten.



Bereits seit Sommer stehen in der Infothek zudem alle Info-Grafiken, die im Landesjournal NRW erschienen sind, zum Download bereit. Auch die Broschüren des Landesbezirks lassen sich dort kostenlos runterladen. Mehr Infos zum Zugang zum internen Mitgliederbereich: Uschi Barrenberg, Tel. 02 11/2 91 01 43.

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01 32
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (verantwortlich)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04 1 83
Telefax (02 11) 71 04 1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe ist der 11. März.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

100 Jahre Internationaler Frauentag Heute für morgen – Zeichen setzen

Am 19. März jährt sich zum 100. Mal der erste Internationale Frauentag. Statt am 9. März wird der Internationale Frauentag deshalb in diesem Jahr in NRW am 19. März mit einer zentralen Veranstaltung in Mülheim an der Ruhr gefeiert.

Am 19. März 1911 gingen zum ersten Mal Frauen in Deutschland, dem damaligen Österreich-Ungarn, in der Schweiz und in Dänemark gemeinsam auf die Straße, um für die Einführung des Frauenwahlrechts zu streiten. Erst später wurde der Internationale Frauentag auf den 8. März verlegt, zur Erinnerung an den spontanen Streik der New Yorker Textilarbeiterinnen am 8. März 1857. Der damalige Streik war der Beginn der modernen Frauenbewegung.

Die Durchsetzung des Frauenwahlrechts ist längst Geschichte, doch noch immer werden Frauen in vielen Branchen bei der Bezahlung und beim beruflichen Aufstieg benachteiligt. Unter dem Motto „Heute für morgen – Zeichen setzen“, wollen Frauen aus ganz NRW deshalb in Mülheim Bilanz ziehen, was die Frauenbewegung in den vergangenen einhundert Jahren erreicht hat und wo auch heute noch politischer Handlungsbedarf besteht. Zu den Gästen der zen-

tralen Frauentags-Veranstaltung gehört neben Gewerkschaftsvertretern auch Barbara Steffens, Ministerin des Landes Nordrhein-Westfalen für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter. Neben



politischen Diskussionen wollen die Frauen an diesem Tag aber auch gemeinsam feiern, mit Theater und Musik, Ausstellungen und einem Poetry Slam. Mitveranstalter des um 13.00 Uhr beginnenden Frauentags sind die GdP-Frauen.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2. 3. Heinz Walther, Langenfeld
- 3. 3. Hannelore Nicolaus, Baesweiler
- 6. 3. Reiner Schlimm, Bonn
- 7. 3. Hans Zündorf, Bergheim
- 7. 3. Elsa Lina Alleweld, Einhausen
- 11. 3. Werner Müller, Remscheid
- 13. 3. Rudolf Au, Bonn
- 14. 3. Maria Konze, Sonthofen
- 14. 3. Elisabeth Reinold, Fröndenberg
- 16. 3. Gertrud Hantschel, Burgkunstadt
- 19. 3. Walter Hendricks, Krefeld
- 24. 3. Rosemarie Schröder, Bochum
- 25. 3. Max Frost, Swisttal
- 27. 3. Franz Schmidt, Bonn
- 29. 3. Otto Fassbinder, Alsdorf
- 31. 3. Willi Venngaus, Duisburg

91. Geburtstag

- 2. 3. Ursula Bothe, Lemgo
- 4. 3. Marie-Luise Gehrke, Hagen
- 6. 3. Maria Olga Pfeiffer, Essen
- 12. 3. Ingeborg Heinemann, Nieheim
- 16. 3. Rudolf Bergmann, Köln
- 16. 3. Marian Jankowiak, Herne
- 17. 3. Josefine Matthias, Gerolstein
- 18. 3. Trude Hakelberg, Köln
- 18. 3. Emilie Lotz, Wuppertal
- 20. 3. Marga Bethge, Essen
- 21. 3. Renate Bentlage, Wetter
- 24. 3. Else Burdeska, Marl
- 27. 3. Ilse Poppe, Gelsenkirchen
- 27. 3. Karl Theiner, Solingen

92. Geburtstag

- 18. 3. Anselm Schnabel, Gengenbach
- 25. 3. Klara Jürgens, Hagen

94. Geburtstag

- 4. 3. Juliane Murtfeldt, Wuppertal
- 5. 3. Emma Klussmann, Hattingen
- 15. 3. Gerda Brückner, Wuppertal
- 17. 3. Paula Schmiegel, Paderborn
- 28. 3. Else Growe, Essen

95. Geburtstag

- 2. 3. Heinrich Classen, Neuss
- 5. 3. Paul Possart, Bonn

96. Geburtstag

- 15. 3. Helene Gehrke, Baesweiler

- 22. 3. Heinrich Blennemann, Holzwickede

97. Geburtstag

- 12. 3. Maria Esser, Mönchengladbach

98. Geburtstag

- 2. 3. Helmut Luetge, Hamm
- 13. 3. Gerhard Kosak, Rheinberg
- 26. 3. Sigismund Cyplik, Bönen
- 31. 3. Maria Nehling, Bocholt

100. Geburtstag

- 1. 3. Anna Hattwig, Hamm

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Ruhrfestspiele locken mit Staraufgebot

Hollywoodstar John Malkovich, die deutschen Schauspieler Ulrich Matthes, Katja Riemann, Ben Becker und Heike Makatsch, die Kabarettisten Hagen Rether, Volker Pispers, Jürgen Becker und Herbert Knebel – auch 2011 locken die Ruhrfestspiele wieder mit jeder Menge prominenter Namen. Drei Wochen (3. Mai bis 16. Juni) präsentiert das vom DGB und der Stadt Recklinghausen getragene Theaterfestival in diesem Jahr vor allem Stücke des deutschen Dramatikers Friedrich Schiller (1759–1805). Aber auch Uraufführungen zeitgenössiger Autoren, ein eigenes Fringe-Festival für die freie Theaterszene und zwei Open-Air-



Konzerte mit Umberto Tozzi und Nena stehen auf dem Programm.

Für GdP-Mitglieder gibt es ermäßigte Eintrittskarten.

Mehr Infos: www.ruhrfestspiele.de

Anzeige



Beihilfekompass NRW 2010/2011

Das Beihilferecht in mehr als 700 Stichwörtern von A–Z

Der Ratgeber erläutert in leicht verständlicher Form die Ansprüche der beihilfeberechtigten Bediensteten und Versorgungsempfänger in Geburts-, Krankheits-, Pflege- und Todesfällen.

Hinweise zu Arzneimitteln, Medizinprodukten, Hilfsmitteln, Heilbehandlungen und medizinischen Begriffen runden das Werk ab.

Von Horst Sabolewski, Regierungsdirektor im Beihilferreferat des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen.

► Ratgeber

1. Auflage 2010, 694 Seiten, kartoniert, Format 12 x 17 cm

ISBN 978-3-7922-0109-1

Preis 19,90 €

www.reckinger.de

VERLAG RECKINGER



Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

30./31. März, Sitzung der Seniorenvorsitzenden der Kreisgruppen im Bezirksverband, Treffpunkt: 10.00 Uhr, Hotel Schützenhof, Windecker Str. 2, Eitorf-Alzenbach

Kreisgruppe BZ Brühl

10. März, Seniorentreffen, Treffpunkt: 18.00 Uhr Restaurant Birkhof, Am Birkhof 1, Brühl

Kreisgruppe Düren

14. März, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Gaststätte Strepp am See, Am Stausee 2, Kreuzau

Kreisgruppe Gelsenkirchen

14. März, Seniorensseminar, 14.00 Uhr, Kantine des Polizeipräsidiums, Rathausplatz 4, Gelsenkirchen, Anmeldung Tel.: 02 09/3 65-30 03

Kreisgruppe Hagen

Ab März jeden 3. Donnerstag im Monat Seniorentreffen, Treffpunkt: 15.30 Uhr, Gaststätte Brauhaus, Hochstr. 108, Hagen

Kreisgruppe Heinsberg

24. März, Seniorentreffen mit Jahres-

rückblick, Veranstaltungen 2011 und Versorgungsangelegenheiten, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Str. 92, Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Autobahnpolizei/Verkehr Köln

1. April, Besichtigung Brauerei Süner, Treffpunkt: 15.00 Uhr PP Köln, Walter-Pauli-Ring 2-4 oder 15.30 Uhr Brauerei Süner, Kalkerhauptstr. 143, Köln. Anmeldung: Heribert Wilden, Tel.: 02 21/2 29-64 55

Kreisgruppe Köln

17. März, Informationstreffen, Herr Düker, Firma Hörgeräte Lorsbach, stellt die neuesten Hörhilfen vor, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt Ecke Georgstr., Köln

Kreisgruppe Rheinisch-Bergischer-Kreis

16. März, Seniorentreffen mit Besprechung der Fahrt ins Sauerland vom 5.-6. Mai 2011 nach Burbeck, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Bergische Kaffeestube, Ball 4, Bergisch Gladbach-Herkenrath

Werbeaktion 2011

Glücksnummern des Monats

- 45 17833
- Bastian Orth-Götz, Duisburg
- 45 18645
- Rainer Gayk, Bonn
- 45 19427
- Yasin Ulgur, Düsseldorf
- 45 18338
- Udo Schott, Bonn

Die Gewinner erhalten ein Schreibset Comfort.

Kreisgruppe Wesel

Ab März jeden 1. Montag im Monat Seniorentreffen, Treffpunkt: 15.00-17.00 Uhr, AWO, Ehrenmalstr. 2, 47447 Moers-Kapellen. Ausnahme: 14. März und 10. Oktober

Kreisgruppe Wuppertal

8. März, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.30 Uhr, Seniorentreff der Stadt, Kohlenstr. 16, Wuppertal-Langerfeld

NACHRUF

Werner Altenkamp	28. 7. 1935	Oberhausen	Siegfried Kutschmann	11. 6. 1954	Selm
Manfred Bielan	14. 9. 1946	Köln	Ruth Lohmann	12. 2. 1928	Wuppertal
Gertrud Birkner	27. 2. 1920	Bonn	Hans Mertens	10. 11. 1948	Aachen
Jakob Bons	30. 11. 1920	Wesel	Heinz Meschede	15. 7. 1917	Paderborn
Hans Böttcher	19. 2. 1929	Steinfurt	Hugo Naaf	13. 5. 1926	Rh. Berg. Kreis
Gerd Burghardt	6. 10. 1933	BR Detmold	Walter Nicolai	13. 4. 1923	Bochum
Martina Decker	11. 2. 1965	DHPol	Anni Nievel	11. 4. 1913	Essen/Mülheim
Maria Falkenhahn	24. 8. 1925	Recklinghausen	Erwin Noll	28. 3. 1932	Gütersloh
Walter Förster	25. 12. 1922	Dortmund	Waltraud Oglodek	5. 12. 1928	Bochum
Reinhard Franitza	14. 8. 1962	Düsseldorf	Günter Poschkamp	29. 7. 1934	Wuppertal
Karl Heinz Frankhof	30. 9. 1923	Mettmann	Jürgen Pries	21. 4. 1931	Dortmund
Hildegard Friedemann	13. 8. 1922	Bochum	Günter Reichel	1. 5. 1928	Bielefeld
Michael Fütting	9. 2. 1965	Recklinghausen	Fritz Rudolph	9. 2. 1929	Solingen
Karl Adolf Giersbach	28. 4. 1937	Mettmann	Friedrich Schäfer	29. 8. 1925	Gütersloh
Käte Goetzke	25. 4. 1917	Essen/Mülheim	Gertrud Scheyna	12. 2. 1919	Duisburg
Herbert Gräbe	27. 6. 1927	Herford	Agnes Schlüter	6. 11. 1908	Borken
Fritz Gustke	10. 4. 1924	Mettmann	Heinz Schnöring	15. 10. 1919	Remscheid
Adolf Held	17. 8. 1918	Aachen	Maria Seidensticker	12. 8. 1924	Paderborn
Ruth Heller	20. 8. 1926	Bochum	Wilhelm Sinnen	20. 9. 1922	Duisburg
Rudolf Hofmann	1. 4. 1923	Mönchengladbach	Maria Skoruppa	25. 9. 1920	Solingen
Herta Horstmann	15. 5. 1920	Lippe	Gerd Sohlich	4. 12. 1925	Borken
Tonis Hunold	17. 9. 1914	Bonn	Maria Sohlich	2. 9. 1922	Borken
Horst John	12. 2. 1926	Lippe	Manfred Stepputat	26. 8. 1936	Unna
Marianne Karolczak	27. 5. 1920	Heinsberg	Andreas Sterck	23. 1. 1915	Köln
Hans-Günther Kerp	5. 5. 1945	Siegburg	Hubert Tocha	26. 2. 1926	Neuss
Rosalinde Knopf	11. 11. 1919	Minden-Lübbecke	Horst Trachternach	16. 5. 1940	BZ Erich Klausener
Hans-Joachim Kraus	10. 9. 1958	Oberhausen	Paul Wachenfeld	11. 1. 1925	Bochum
Heinz Krüger	1. 12. 1927	Krefeld	Manfred Wolff	4. 3. 1922	Essen/Mülheim
Ernst Kuhls	30. 8. 1923	Köln	Heinrich Zimmermann	3. 2. 1950	Oberberg. Kreis

